

die darmstädter studentenzeitung — SONDERAUSGABE —

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt

23.11.67

FRANK WAGNER UND FÜNF WEITERE ASTA-MITGLIEDER ZURÜCKGETRETEN

Auf der Parlamentssitzung am 21. 11. 67 haben die ASTA-Mitglieder Wagner (1. Vors.), Stumm (Finanzen), Cobler (Presse 67/68), Pillardy (Politik 67), Daub (Politik 68), Bickel (stellv. Vors. 68) ihren Rücktritt erklärt. Dies war die Konsequenz auf einen Beschluß des Parlaments, der den Unterzeichnern eines Solidaritätstelegramms an die Streikenden der hessischen Gummi-Industrie das Mißtrauen aussprach und sie zum Rücktritt aufforderte. Wagner, Cobler, Pillardy und der Assistent Gülich hatten dieses Telegramm am 16. 11. 67 abgesandt:

"Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Ihren Streik als Zersetzung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsform diffamieren. Wir fordern Sie auf, entgegen dem allgemeinen Harmonie-Postulat der Bundesregierung Ihre Interessen wahrzunehmen. Streiken Sie weiter, die Richtung stimmt!"

Diese Depesche war mit den Namen und dem Zusatz "Mitglieder des ASTA" bzw. "Assistent der THD" unterzeichnet. Am Dienstag, dem 21. 11., fand von 19.00 bis 2.00 Uhr die 3. Parlamentssitzung des Amtsjahres 1967/68 mit 42 Parlamentariern und 150 Gästen statt. Nach einigen Dringlichkeitsanträgen hatte die Tagesordnung im wesentlichen folgendes Aussehen: ... Anfragen an den Vorstand und die Referenten, Wahlen zum Ältestenrat und zum Parlamentspräsidium, ... Vorgänge um das Telegramm, Wahlen zum Haushaltsausschuß, Finanzüberprüfungsausschuß und Schloßkellerausschuß, Wahl des stellv. Vorsitzenden 1968, des Finanzreferenten 1968, des Sportreferenten 1968, des Auslandsreferenten 1967 und des Chefredakteurs der 'dds'.

Der Punkt 2b (Anfragen) brachte schon Mißstimmung. In zwei Dutzend Fragen an den ASTA wurde moniert:

- * Die Personalpolitik des Vorstands
- * Die Finanzpolitik Stumms
- * Die Veräußerung einer Vervielfältigungsmaschine an den SDS für DM 30,--
- * Das Verfahren des Vorstandes, nach dem Handzettel in der Mensa zugelassen werden
- * Der Verkauf von Studentenadressen an eine Lebensversicherungsgesellschaft durch die Fachschaft Maschinenbau (Fachschaftsleiter v. Eichel-Streiber)

Zum Parlamentspräsidenten wurde Jürgen Kaul gewählt. Dieser führte auch die sich anschließenden Debatten.

Die Auseinandersetzung um das Telegramm wurde von Erklärungen der Unterzeichner eingeleitet: Es habe sich um eine private Äußerung dreier -allerdings nicht "mausgrauer"- Studenten und eines Assistenten gehandelt. Wäre dies eine ASTA-Stellungnahme gewesen, hätte man anders unterzeichnet. Die Argumentation des am selben Mittag verteilten Flugblattes, das von Pressereferent Cobler herausgegeben war, wurde nochmals unterstrichen. Martin Schempp und der MB-Fachschaftsleiter v. Eichel-Streiber unterstellten den Unterzeichnern provokative Absichten; Mit dem Telegramm solle die vom Parlament beabsichtigte Diskussion über das politische Mandat der Studentenschaft beeinflußt werden. Ein Verbindungssprecher erklärte, durch dieses Vorgehen und durch die Aufmachung in der Presse sei in der Öffentlichkeit eine repräsentative Meinung

des AstA und der Studentenschaft vorgetäuscht worden. Cobler bestätigte auf Anfrage, daß er das Telegramm -das privat bezahlt worden ist- an die Presse gegeben habe.

Die Diskussion steuerte alsbald auf eine Auseinandersetzung über das politische Mandat der Studentenschaft zu, denn ohne eine grundsätzliche Klärung der Kompetenzen könne den Unterzeichnern keine Kompetenzüberschreitung vorgeworfen werden (Werkmann). Das Parlament beschloß jedoch, diese Grundsatzdiskussion auf der nächsten Sitzung zu behandeln, und es beschränkte die augenblickliche Diskussion auf die Frage, ob die Unterzeichner als Privatpersonen oder als Vertreter der Studentenschaft ihre Meinung geäußert hatten. Opposition gegen diese Einschränkung der Diskussion fand kein Gehör.

Mitglieder des SDS quittierten dies mit einer heftigen Attacke: Grundsätzlich habe jeder Bürger die Pflicht, sich politisch zu äußern. Die von den Verbindungen befürwortete Trennung zwischen Amtsausübung und Privatmeinung wurden hierbei als "ständestaatliches Denken" bezeichnet.

Parlamentspräsident Kaul, der zu der Zeit noch zwanzig Wortmeldungen notiert hatte, versuchte, die Diskussion zu straffen. Die Einwände Rainer Müllers und anderer, die Telegrammfrage könne ohne vorherige Entscheidung über das politische Mandat nicht ernsthaft diskutiert werden, wurden vom Parlamentspräsidenten ignoriert. Müller versuchte nunmehr, durch ständige Anträge zur Geschäftsordnung die Debatte zu blockieren um sich somit Gehör zu verschaffen. Er handelte sich stattdessen einen Streit mit Kaul ein; daraufhin war Kaul und das Parlament nicht mehr bereit, Müller anzuhören. Kaul ließ sich in seiner Verhandlungsführung vom Parlament ausdrücklich bestätigen.

Spätestens zu dieser Zeit war keine geordnete Debatte mehr möglich. Kaul führte die Rednerliste nicht mehr weiter, sondern verlas die ihm vorliegenden Sachanträge. Der weitestgehende Antrag war von v. Eichel-Streiber verfaßt und lautete:

* "Wagner, Cobler und Pillardy besitzen nicht mehr das Vertrauen des Parlaments. Ihnen wird der Rücktritt empfohlen."

Pillardy äußerte dazu: "Mir erscheint der Antrag problematisch und voreilig. Er enthält eine politische Äußerung, da sich das Parlament in Privatangelegenheiten mischen will. Das wäre ein schwerwiegender politischer Beschluß."

Die sofortige Abstimmung ergab: Annahme mit 20 : 16 : 6 Stimmen.

Ein weiterer Antrag, von Wagner verfaßt, wurde als nächster behandelt: "Das Parlament möge beschließen: Es stellt fest, daß es sich bei dem Telegramm um eine private Meinungsäußerung handelt." Wagner erklärte hierbei, er fasse diesen Antrag gleichzeitig als Vertrauensfrage auf. Im Falle der Ablehnung werde er zurücktreten.

In der offenen Abstimmung ergab sich eine Mehrheit von 19 : 18 : 6 Stimmen für den Antrag.

Hiernach kam es zu Heiterkeit und Tumulten, denn dieser Beschluß bezeichnete das Telegramm als Privatmeinung, während der vorhergehende den Unterzeichnern wegen dieser Meinungsäußerung das Vertrauen des Parlaments entzog. Der Widerspruch lag auf der Hand.

Das letzte Ergebnis wurde sofort angefochten; eine geheime Abstimmung wurde durchgeführt, da wegen des allgemeinen Durcheinanders Zweifel an dem ordnungsgemäßen Ablauf aufkamen. Die geheime Abstimmung über Wagners Antrag blieb erst einmal ergebnislos, da einige Nichtparlamentarier mitgestimmt hatten, hingegen ein Abgeordneter sich weigerte, seinen Stimmzettel abzugeben. Bei der Wiederholung wurden nunmehr die Parlamentarier aufgefordert, ihre Stimme nach Aufruf dem Präsidium zu übergeben. Die Auszählung ergab endgültig: Ablehnung mit 18 : 21 : 3 Stimmen. Damit wurde die erste, zustimmende Abstimmung (19 : 18 : 6) hinfällig.

Die Behandlung eines Geschäftsordnungsantrages, die Abstimmung über die Rücktrittsempfehlung zu wiederholen, da sich bei der Abstimmung über den zweiten Antrag zunächst Unregelmäßigkeiten gezeigt hätten und deshalb berechtigte Zweifel an dem Ergebnis beständen, wurde vom Parlamentspräsidenten abgelehnt.

STIMMVEH MACHT AUCH MIST

"Unfähig" nannte der aufgebrachte Frank Wagner das Parlament, als er zurückgetreten war. Als "unfähig" bezeichneten zurücktretende AStA-Mitglieder und andere die Parlamentarier während ihrer Abschiedsreden. Resigniert taten sie den Schritt zurück in die private Sphäre, in der sie sich nicht hatten aufhalten dürfen, als sie noch Amtsträger waren.

Nach der Abstimmung gaben sowohl die Leitung der Tumulte durch den neuen Parlamentspräsidenten Kaul als auch die Denk- bzw. Nichtdenkweise der meisten Parlamentarier Anlaß zu Ärger und Kopfschütteln. Diese waren von ihren Fachschaftsoffizieren ins Parlament geleitet worden, auf daß sie mittels ihrer Stimme (Stimmen zählt man bloss und wägt sie nicht) drei AStA-Mitglieder stürzen. Es schien, als ginge jegliche Argumentation an den Köpfen der Leute vorbei. Für das Mißtrauensvotum, das die gesamte studentische Selbstverwaltung in eine unnötige Krise stürzte, hatten sie einen geringfügigen Anlaß ausgewählt, diesen Anlaß mit ihrer rechtschaffenen Empörung versehen und ohne Rücksicht auf Verluste darauf losgestimmt. Argumente konnten ihnen nichts mehr anhaben. Unterstützt von Claqueuren, die sich sonst wohl in der Bessunger Turnhalle ausjohlen, blieben sie konstant uneinsichtig (Krone: "Hier geht es zu wie bei meiner NPD-Versammlung"). Sie blieben dabei: Die ... müssen weg, weil ...

Ja, warum eigentlich? Die drei AStA-Mitglieder Wagner, Pillardy und Cobler hatten das umstrittene Telegramm mit dem Zusatz "Mitglieder des AStA" unterschrieben, um ihm mehr Gewicht zu verleihen, um aber auch das Parlament zu entschiedenerer Mitarbeit in der Frage des politischen Mandats zu provozieren.

Die Mandatsträger waren vom Studentenparlament gewählt worden. Personen gelten wenig, wenn sie nicht ein Titel schmückt. Zu trennen sind Person und Mandat jedenfalls nicht. Die Praxis eines "Zuständigkeits-Chamäleons" ist zwar in der hohen Politik weit verbreitet (wenn er etwas als Partei-Vorsitzender gesagt hat, hat er's als Privatmann gesagt, hat er's als Minister gesagt, so hat er's als Parteivorsitzender gemeint, wenn er's als Privatmann gesagt hat, weiß er nichts davon) und dient als Schleichweg vorbei an der Verantwortung. Eindeutig ist jedoch, daß die Formulierung "Mitglieder des AStA" nicht "im Namen der Studentenschaft" oder "im Namen des AStA" bedeuten kann. So großzügig aber deuteten die bestellten Kritiker das Telegramm. Das war der erste Fehlschluß. Provokation wurde mit Amtsmißbrauch verwechselt. Die Leute hatten Schwierigkeiten mit der Interpretation.

Der zweite Kardinallapsus ergab sich aus Ignoration: Die Frage des politischen Mandats, nach dessen Entscheidung man allein einen Verstoß hätte feststellen können, war gar nicht geklärt (das kommt in der nächsten Sitzung); selbst wenn die ungezügeltere Interpretation (s.o.) den Sachverhalt getroffen hätte. Auf diese Lücke im Gedankengang hingewiesen, reagierten weder die Parlamentarier noch der Parlamentspräsident Kaul (schwache Vorstellung!). Noch im Trubel der Debatte stimmten die Parlamentarier ab, nach unbestimmten Kriterien aufgrund einer unzulänglichen Interpretation - zum Sturz der AStA-Mitglieder.

Aber wie gesagt: Das stand ja schon vor der Parlamentssitzung fest, die Hölzfäller waren angetreten.

POST-COITALE TRAUER

Nachdem sich das Parlament seiner Stimmungen entledigt hatte, machte sich ein gemäßiger Katzenjammer breit. Es stellte sich nämlich heraus, daß etwa die Fraktion der Hölzfäller nicht die Spur einer Konzeption hatte, wie die Arbeit weiter gestaltet werden sollte. Leute, die ihre Stellung in der Fachschaft dazu benutzt hatten, gegen Honorar Adressen von Hochschulabsolventen einer Lebensversicherung zukommen zu lassen (v. Eichel-Streiber/MB), versanken wieder in die gewohnte Lethargie unprofiliertes Parlamentarier.

Es sollte gewählt werden (nur für die Zeit von 6 Wochen). Da aber sagten die vorgeschlagenen Kandidaten reihenweise ab: "Bitte keine Verantwortung!" Für den Vorsitz fand sich der schon für 1968 gewählte. Ein Stellvertreter fiel durch, ein zweiter fand sich; er schaffte es. Das Interregnum war beendet, man war's leid. Wagner hätten wir eine bessere Argumentation gewünscht ...

DIE RÜCKTRITTSLOWINE

Nachdem sich die beiden Beschlüsse massiv gegen die Unterzeichner des Telegramms ausgesprochen hatten, zog Wagner die Konsequenz: Er trat zurück.

"Es handelt sich bei diesen Beschlüssen um eine Vorwegnahme zukünftiger Entscheidungen. Das Parlament hat seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt."

Dieser Rücktritt löste eine Lawine aus. Es stellten nacheinander ihre Ämter zur Verfügung:

- * Der Mitunterzeichner Cobler, Pressereferent 1967 und 1968.
"Ich schließe mich den Argumenten Wagners an. Wir sind hier nicht auf einem Mensurboden."
- * Der Mitunterzeichner Pillardy, Politreferent 1967.
"Eine weitere Arbeit im ASTA ist mir nicht mehr möglich. Als Mitglied einer Partei (Anm. d. Red.: SPD -was dem Parlament bekannt war-) kann man es mir nicht verdenken, daß ich mich ab und zu politisch äußere."
- * Stumm, komm. stellv. Vorsitzender und Finanzreferent 1967 schloß sich den Argumenten Wagners an und erklärte, daß das Parlament in der Vergangenheit bewiesen habe, daß es nicht in der Lage sei, die Arbeit des Vorstandes zu unterstützen. Dies habe sich besonders am heutigen Abend gezeigt. "Ich kann mir nicht vorstellen, wie man heute Bildungs- und Hochschulpolitik von Gesamtpolitik trennen kann."
- * Bickel, stellv. Vorsitzender 1968.
"Ich muß annehmen, daß das Parlament mich aus Faulheit in den ASTA gewählt hat. Ich hatte seinerzeit erklärt, daß ich dem SDS beitreten werde. Dies ist inzwischen geschehen."
- * Daub, Politreferent 1968.
"Ich erkläre mich mit meinen Kollegen solidarisch."

Das Parlament war ernüchtert. Nach einer zehnminütigen Pause war es zum ersten Male bereit, Argumente mit Ruhe anzuhören. Müller: "So geht es nicht. Beim Abschießen kann man nicht so vorgehen. Um Probleme zu lösen, muß zumindest der kleinste gemeinsame Nenner gefunden werden. Das war heute nicht der Fall; ein beschämendes Beispiel für Parlamentarier."

Im weiteren Verlauf der Sitzung stand man vor der Aufgabe, wieder einen funktionsfähigen ASTA zu bilden. Dabei zeigte sich wiederum die unkritische Haltung des Parlaments bei der Vergabe von ASTA-Ämtern. Nachdem die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden vorgezogen war, erhielt der erste Kandidat, Römer, trotz zahlreicher Warnungen von Ältestenratsmitgliedern 25 Stimmen (4 Stimmen weniger, als zu seiner Wahl notwendig gewesen wären); der zweite Kandidat, Weber, wurde mit 29 Stimmen gewählt, nachdem man müde geworden war, dem Parlament immer wieder die Tragweite seiner Entscheidungen vor Augen zu halten. Weber zum Telegramm: "Die Sache ist etwas unglücklich verlaufen."

Thilo Wolff, der Vorsitzende 1968, wurde vom Parlament für die restlichen 6 Wochen im Jahre 1967 gewählt.

Vor der weiteren Tagesordnung wurden nur noch die Wahl des Chefredakteurs der 'dds', des Haushaltsausschusses und des Finanzüberprüfungsausschusses behandelt.

Das Parlament vertagte sich.

GOLDENE WORTE

Werner Krone: "Die Studienreform steht vor der Tür." Zwischenruf: "Wolle mer se reilasse?"

Frank Wagner: "Der Wissenschaftsrat ist ein Gremium von öffentlichen Lebemännern."

Antrag des MDP Schwede: "...um einen weiteren Mißbrauch von ASTA-Mitgliedern zu verhindern"